

Fragen der Bahnlärm-Initiative Bremen an die Kandidaten	CDU	FDP	LINKE	GRUENE	SPD	AfD
	Bettina Hornhues , Elisabeth Motschmann	Dr. Hauke Hilz	Doris Achel-wilm	Kirsten Kppert-Gonther	Sarah Ryglewski	Franik Magnitz
<p>1. Unverzügliche Modernisierung des rollenden Materials auf d. Schiene Bis heute bleibt umstritten und damit unklar, ob der o.a. Zeitplan eingehalten wird. Die Tatsache, dass der Deutsche Bundestag ein „Schienenlärmschutzgesetz“ (Drs. 18/11287) am 30.03.2017 verabschiedet hat, belegt, dass „ordnungsrechtliche Maßnahmen“ geboten bleiben.</p> <p>2. Lärm- und Erschütterungssanierung von Schienenwegen in Wohngebieten, die mit Grenzwertüberschreitungen belastet sind, systematisch durch- und fortführen.</p> <p>3. Tempolimit für laute Güterwagen einführen, um „Umrüstung“ zu beschleunigen. In jüngster Rechtsprechung erwogen, wenn bei Grenzwertüberschreitungen andere Abhilfe schwierig oder nicht möglich ist.</p> <p>4. Bei Grenzwertüberschreitung einen Rechtsanspruch auf Lärmsanierung einzuräumen (um die freiwillige Lärmsanierung des Bundes/der DB aktiver zu gestalten und besser auszuschöpfen).</p> <p>5. Mehr Mittel für Lärmvorsorge / Lärmsanierung einzusetzen (aktuell ca. 150 Mio. €/Jahr deutschlandweit = 4,5 €/km beim Streckennetz von > 33.400 km. Ungefähre Kosten für 1000 m Lärmschutzwand ca. 1,5 Mio. €).</p>	Antwort in Prosa, ohne direkt auf die Wahlprüfsteine einzugehen.	ja	ja	ja	ja	keine Antwort
	Im Prinzip unterstützt die CDU die Forderungen	nein	ja	ja	nein	
		ja	ja	ja	ja	

Bemerkungen:

CDU: keine

FDP: keine

GRÜNE: Alle Forderungen Ihrer Initiative richten sich an den Bund..

SPD: Das Schienenlärmschutzgesetz, durch das die Schallemissionsgrenzen für Güterwagen stark reduziert wurden, ist ein wichtiges Etappenziel, um Anwohnerinnen und Anwohner zu schützen. Der Kampf gegen den Bahnlärm wird weitergehen.

LINKE: Als direkte Anwohnerin der Trasse Bremen-Bremerhaven unterstütze ich selbstverständlich die von Ihnen genannten Forderungen. DIE LINKE wird sich auch zukünftig für einen wirkungsvollen Lärmschutz und die Rechte der von Bahnlärm betroffenen einsetzen.

AfD: keine Antwort